

Arbeitskreis Räumliche
Neuordnung der
Stadtverwaltung VS

Protokoll der Sitzung
am 27.03.2013

Nr. 1/2013

Ergebnisprotokoll

über die **nicht-öffentliche** Sitzung des **Arbeitskreises Räumliche Neuordnung der Stadtverwaltung VS** am 27.03.2013 im Rathaus Schwenningen.

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: ca. 19.30 Uhr

Anwesend sind:

1. Oberbürgermeister Dr. Rupert Kubon als Vorsitzender

2. Mitglieder des AK Räumliche Neuordnung:

Stadträtinnen und Stadträte:

Biermann, Jörg (Stellvertreter)

Ettwein, Werner

Dr. Gebauer, Gerhard (Stellvertreter)

Hezel, Bernd

Huy, Karin

Janasik, Gerhard (Stellvertreter)

Kunkis-Becker, Cornelia

von Mirbach, Hans-Joachim

Rothfelder, Michael

Schenkel, Bernd (zusätzliches Mitglied, kein Rede- und Stimmrecht)

Schnekenburger, Jürgen

Schurr, Edgar

Wildi, Dietmar

Vertreter der Bürgerinitiative (BI):

Nenno, Rudolf

Es fehlen entschuldigt:

Bürgermeister Rolf Fußhoeller

Bißwurm, Erich

Dr. Lichte, Karl-Henning

3. Von der Verwaltung:

Assfalg, Stefan

Keune, Henning

Reuter, Tobias

Stephan, Jürgen

Wöhrle, Joachim

und Annette Lander als **Protokollführerin**

OB Dr. Kubon begrüßt die Teilnehmer zur ersten Sitzung des Arbeitskreises Räumliche Neuordnung der Stadtverwaltung VS und weist zunächst rückblickend auf den Beschluss des Gemeinderates vom 23.01.2013 hin. Hiernach hat der Arbeitskreis die **Aufgabe**, die Möglichkeiten einer räumlichen Neustrukturierung der Stadtverwaltung auf Grundlage des Ergebnisses des Bürgerentscheids vom 21.10.2012 zu prüfen und Lösungsansätze zu entwickeln.

Die Mitglieder des Arbeitskreises sind sich einig, dass eine räumliche Neuordnung nicht möglich ist, ohne die organisatorischen Strukturen der Verwaltung zu berücksichtigen. OB Dr. Kubon merkt jedoch an, dass die Aufbauorganisation der Verwaltung grundsätzlich geregelt ist. Es geht in diesem Arbeitskreis daher lediglich um die **Wechselbeziehung von räumlicher und organisatorischer Struktur**. Eine grundsätzlich ergebnisoffene Herangehensweise wird von allen Teilnehmern befürwortet.

Als **Grundlage** für alle weiteren Untersuchungen soll die Machbarkeitsstudie der KE herangezogen werden. Die darin enthaltenen Zahlen und Fakten sollen vom Amt für Gebäudewirtschaft und Hochbau um Angaben u.a. zu Mitarbeiterzahlen, Flächengrößen und Eigentumsverhältnissen weiter detailliert und ergänzt werden. Des Weiteren werden dem Arbeitskreis ein gesamtstädtisches Organigramm (inkl. Mitarbeiterzahlen je Dienststelle sowie die jeweilige Verteilung auf die städtischen Verwaltungsgebäude) vom Haupt- und Personalamt sowie eine vom Referat des Oberbürgermeisters erstellte Statistik über die Zusammenarbeit der Dienststellen untereinander, für die nächste Sitzung des Arbeitskreises zugesagt.

In einem ersten Schritt sollen die vier **Gebäude**, bei denen sehr großer Handlungsbedarf besteht, aufgrund der Detailinformationen im nächsten Arbeitskreis analysiert werden. Es handelt sich um die Gebäude Josefsgasse 7, Kanzleigasse 1, Obere Straße 4 und Rietstraße 8. Aus dieser Analyse sollen Lösungsansätze entwickelt werden, um eine Empfehlung für den Gemeinderat abgeben zu können, welche Verwaltungsgebäude dringend freizuziehen oder ggf. zu veräußern sind bzw. welche als Verwaltungsgebäude weiter genutzt werden sollen. Die Entscheidung liegt dann letztlich beim Gremium. Bei Bedarf können insbesondere diese Gebäude von den Teilnehmern des Arbeitskreises besichtigt werden. Die Teilnehmer sind sich einig, dass die Rathäuser in Villingen und Schwenningen als Verwaltungsstandorte beizubehalten sind.

Zur fachlichen Unterstützung des Arbeitskreises hat der Gemeinderat entschieden, dass ergänzend vier **externe Fachleute** aus den Bereichen Architektur, Einzelhandel, Städtebau und Verwaltungsorganisation zu berufen sind. Die Mitglieder des Arbeitskreises sprechen sich einvernehmlich für die Anfrage jeweils eines Vertreters aus der Architektenkammer Villingen-Schwenningen, dem Gewerbeverein Oberzentrum, der Fachhochschule Nürtingen sowie der Gemeindeprüfungsanstalt aus. Die Vertreter werden vom Haupt- und Personalamt erfragt und dem Gemeinderat in seiner Aprilsitzung zur Entscheidung vorgestellt.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 23.01.2013 zudem beschlossen, dass ergänzend zu diesem Arbeitskreis eine repräsentative und umfassende Bürgerbeteiligung in Form einer

sog. **Planungszelle** durchgeführt werden soll. Der Arbeitskreis hält sich zum jetzigen Zeitpunkt offen, zu welchen Entscheidungsschritten eine Planungszelle gebildet werden soll. Dies wird in den nächsten Sitzungen weiter verfolgt.

OB Dr. Kubon informiert erneut über die dringend anstehenden **Sofortmaßnahmen**, insbesondere für das Gebäude Josefgasse 7, in dem das Bürgeramt untergebracht ist. Auf der Grundlage brandschutzrechtlicher Begehungen durch das Baurechtsamt und der Stellungnahme des Regierungspräsidiums Freiburg soll im nächsten Arbeitskreis eingehend über das weitere Vorgehen beraten werden. Derzeit werden unter Berücksichtigung der vorhandenen inneren Struktur des Bürgeramtes von der Verwaltung Alternativen zu den Vorschlägen des Regierungspräsidiums ermittelt und auch anderweitige Unterbringungsmöglichkeiten geprüft. Das Regierungspräsidium hat die beschriebenen Maßnahmen (z.B. Einrichtung einer Feuertreppe) ohne Kenntnis der räumlichen Probleme vor Ort (Unterbringung der Mitarbeiter, Nutzung und baulicher Zustand des Gebäudes), und ohne Beachtung des Denkmalschutzes vorgeschlagen. Eine derartige Umsetzung ist jedoch nicht ohne weiteres möglich. Auf die Frage aus den Reihen der Mitglieder, ob der Zeitraum von sechs Monaten bis zur Räumung zwingend einzuhalten ist, antwortet OB Dr. Kubon, dass dieser Zeitrahmen nicht genau definiert ist. Je mehr Sofortmaßnahmen eingerichtet werden, desto länger könnten die Räumlichkeiten genutzt werden. Allerdings sind diese Maßnahmen auf Dauer nicht zielführend, da eine weitere Nutzung durch das Bürgeramt aufgrund der räumlichen Problematik nicht möglich sein wird.

Eine kurze Diskussion, bei der allerdings nicht mehr alle Mitglieder anwesend waren, gab es zum Thema **Öffentlichkeit** der Sitzungen des Arbeitskreises. Mit Ausnahme des Vertreters der Bürgerinitiative, Herrn Nenno, sprachen sich die Mitglieder aller Fraktionen dafür aus, in nicht-öffentlichen Sitzungen zu tagen. Herr Nenno befürchtet eine mangelnde Transparenz für die Bürger. Um dem entgegen zu wirken, verbleibt der Arbeitskreis so, dass die Ergebnisprotokolle aus den Sitzungen auf der Homepage der Stadtverwaltung veröffentlicht werden. Zudem erfolgt nach jeder Sitzung eine Pressemitteilung über das Referat des Oberbürgermeisters. Den Arbeitskreisteilnehmern steht es frei, die jeweiligen Fraktionen bzw. die Bürgerinitiative über die Ergebnisse aus den Sitzungen zu berichten. Herr Nenno bezeichnet diese Mehrheitsentscheidung als nicht akzeptabel und widerspricht ihr.

An den Sitzungen sind somit auch nur die ordentlichen Mitglieder teilnahmeberechtigt. Die **Stellvertreter** nehmen nur ihre Funktion als Abwesenheitsvertretung wahr. Dies findet überwiegend Zuspruch. Dagegen sprechen sich Herr Nenno sowie Herr Dr. Gebauer aus.

Die **nächsten Sitzungstermine** wurden auf Montag, 29.04.2013, 18.00 Uhr sowie Donnerstag, 06.06.2013, 18.00 Uhr festgelegt.